



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 20. Dezember 2019

Band 13, Ausgabe 19

Themen

- **Klimaschutz**
- **Verkehr**
- **Wirtschaft**
- **Pflege**

«Wir müssen „Klimaschutz made in Germany“ zu unserem Markenzeichen machen.»

(Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) sieht den Klimaschutz als «Chance für unsere Wirtschaft»)

In dieser Ausgabe:

- Umgang mit Wolf neu geregelt* 2
- Verkehrsinfrastruktur stärken* 2
- Gegen Hisbollahterror vorgehen* 3
- Ausbau Kurzzeitpflege voranbringen* 3
- Belegausgabepflicht verzichtbar* 3
- Frohe Weihnachten* 4

Verschärftes Klimapaket beschlossen

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag, und heute der Bundesrat die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses zum Klimaschutz beschlossen. Die Maßnahmen aus dem Klimapaket sollen Anfang nächsten Jahres anlaufen.

Deutschland ist und bleibt in der Klimapolitik auf Kurs. Mit dem umfassenden Klimapaket nehmen wir das Heft des Handelns in die Hand. Damit setzen wir den Rahmen, um einer der größten Herausforderung für die Menschheit, dem Klimawandel, zu begegnen. Wichtige Anreizinstrumente aus dem Klimaschutzpaket, wie die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung und die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets, wurden auf den Weg gebracht.

Die Grünen fordern immer noch gerne das Verbot des Verbrennungsmotors und der Ölheizung. Dagegen setzen wir auf eine im Vergleich zu den Vorschlägen der Grünen und der Wissenschaft immer noch moderate CO2-Bepreisung. Und

wir arbeiten mit Fördermaßnahmen und nicht mit Verboten. In Zukunft können die Bürger Geld sparen, wenn sie ihr Haus klimafreundlich sanieren. Dafür haben wir, die Unionsfraktion, jahrelang gekämpft.



Wichtig war uns auch, dass die Bürger durch die Absenkung der EEG-Umlage und die Erhöhung der Pendlerpauschale entlastet werden. Die Entlastungen beim Strompreis durch eine Senkung der EEG-Umlage und der Pendlerpauschale fallen jetzt höher aus als bislang geplant. Das haben wir als Union durchgesetzt. Die Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer wird noch deutlicher angehoben, statt 5 Cent beträgt die Erhöhung jetzt 8 Cent. Und zusätzlich sollen diejenigen, die keine Steuern bezahlen, eine Mobilitätsprämie zur Entlastung erhalten. Denn wir wissen, dass die Menschen, die auf dem

Land leben, ganz anders als die Städter, noch viel stärker auf die individuelle Mobilität angewiesen sind. Wir sehen uns als Anwälte für die Menschen im ländlichen Raum und wollen mit der Erhöhung der Pendlerpauschale ein Zeichen setzen.

Deutschland wird mit diesem großen Klimapaket Vorreiter bei der Entwicklung von Umweltinnovationen und wird zeigen, dass man mit Technologie und Fortschritt Wirtschaftswachstum und CO2-Reduzierung entkoppeln kann. Ökonomie und Ökologie werden nicht gegeneinander ausgespielt.

Das Klimapaket umfasst einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus, durch den jedes Jahr überprüft wird, ob die Sektoren ihre Ziele erreichen. Mit dem nationalen Emissionshandel für die Bereiche Wärme und Verkehr führen wir eine CO2-Bepreisung ein. Mit weit über 60 Maßnahmen (u.a. auch nationale Wasserstoffstrategie) bringen wir den Klimaschutz in allen Sektoren voran, um den Umstieg in ein neues Zeitalter aktiv zu gestalten.

Umgang mit Wolf neu geregelt

Am Mittwoch hat der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes beschlossen.

Die Rückkehr des Wolfes nach Deutschland ist ein Erfolg für den Naturschutz. Festzustellen ist aber auch, dass die Wolfspopulation in Deutschland deutlich anwächst. Es besteht die Gefahr, dass die bestehenden Probleme von Hobby- und Nutztierhaltern mit Nutztierissen zunehmen und sich auf weitere Regionen ausdehnen werden. Zudem wurden Wölfe in unmittelbarer Nähe bzw. sogar in Siedlungen gesichtet. Daraus lässt sich schließen, dass der Wolf seine Scheu vor dem Menschen verliert oder aus falsch verstandener Tierliebe gefüttert wird.

Angesichts dieser Situation ist die Weiterentwicklung der Regeln zum Umgang mit dem Wolf dringend erforderlich. Ei-



ne Akzeptanz wird die Wiederansiedlung des Wolfes in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland nur behalten, wenn auf die genannten Konflikte konsequent reagiert wird. Das haben wir getan.

Mit dem verabschiedeten Gesetzentwurf haben wir ein Fütterungsverbot beschlossen und den Abschuss von Wolfshybriden geregelt. Zudem wird die Schadensschwelle abgesenkt,

ab der Wölfe geschossen werden dürfen. Darüber hinaus können Wölfe künftig bejagt werden, bis keine Nutztierisse mehr stattfinden. Die Jäger sind immer vorab über solche Maßnahmen zu informieren. Auch Hobbytierhalter können künftig bei Rissen entschädigt werden, sofern sie entsprechende Schutzmaßnahmen für ihre Tiere ergriffen hatten.

Nach diesen wichtigen Änderungen werden wir im nächsten Schritt die besondere Situation der Tierhalter in Deich- und Gebirgsregionen analysieren und erforderliche Maßnahmen zum Schutz der Tiere prüfen. Im Rahmen dieser Arbeiten wird die Unionsfraktion erneut ein regionales Bestandsmanagement diskutieren

Verkehrsinfrastruktur stärken

Diese Woche haben wir in erster Lesung das Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetze im Verkehrsbereich debattiert.

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand in unserem Land. Mit den seit Jahren steigenden Investitionen in Straßen, Schienen und Wasserwegen schaffen wir die Voraussetzungen für wei-



teres Wachstum in den kommenden Jahren. Das jetzt geplante Maßnahmenvorbereitungsgesetz wird zusätzlich dazu beitragen, noch bestehende Engpässe in der Infrastruktur zu beseitigen und die Planungszeiträume deutlich zu verkürzen.

Für eine begrenzte Zahl von Infrastrukturprojekten wird der Deutsche Bundestag ein Gesetz erlassen und damit den bisher üblichen behördlichen Verwaltungsakt ersetzen. Dadurch sind langwierige Klageverfahren vor den Verwaltungsgerichten ausgeschlossen und

die Baumaßnahmen können zügig vorangebracht werden.

Mit der im Gesetz verankerten frühen Öffentlichkeitsbeteiligung wird sichergestellt, dass rechtzeitig über das jeweilige Vorhaben informiert wird und sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger hierzu äußern können.

Das Maßnahmenvorbereitungsgesetz ist auch ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Klimaziele unseres Landes. Die vorgesehenen Wasserstraßen- und Schienenprojekte leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung dieser umweltfreundlichen Verkehrsträger.

Gegen Hisbollah-Terror vorgehen

Am Donnerstag haben wir im Deutschen Bundestag beschlossen, konsequenter gegen die Hisbollah vorzugehen. Es ist höchste Zeit, für diesen wichtigen Schritt. Fortan werden wir uns sehr viel konsequenter gegen Mitglieder, Drahtzieher und Geldbeschaffer der Hisbollah in Deutschland und Europa einsetzen.



Die Hisbollah ist eine Terrororganisation, die das Existenzrecht Israels in Frage stellt, diese Überzeugung durch wiederholte Raketenangriffe mit Taten unter Beweis stellt und die wesentlich zur Instabilität in der gesamten Region beiträgt. Die gedankliche Trennung in den militärischen und einen sogenannten politischen

Arm ist lange überholt. Der nächste Schritt muss sein, eine EU-weite Listung der gesamten Hisbollah als Terrororganisation anzustreben. Es ist wichtig, dass auch Frankreich sich in dieser Frage bewegt.

Die Unionsfraktion nimmt das Existenzrecht Israels als Teil der Deutschen Staatsräson sehr ernst. Wir werden unser Handeln weiter an dieser Maxime ausrichten.

Ausbau Kurzzeitpflege voranbringen

Wir haben in der Pflegepolitik in dieser Wahlperiode mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) bereits maßgebliche Verbesserungen in der Pflege vorgenommen – vor allem für das Pflegepersonal. Mit unserem Antrag „Kurzzeitpflege stärken und eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen“ greifen wir nun ein weiteres Problemfeld in der Pflege auf, das wir im nächsten Jahr lö-

sen werden: Wir wollen endlich mehr Kurzzeitpflegeplätze.

Dazu brauchen wir vor allem eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung. Außerdem wollen wir die Leistungen für die Kurzzeit- und Verhinderungs- sowie Tages- und Nachtpflege zu einem jährlichen Entlastungsbudget zusammenfassen. So bauen wir Bürokratie ab und entlasten die Angehörigen. Ein solches Budget kann dann flexi-

bel und bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

Der Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen stagniert. Das müssen wir ändern. Hier appellieren wir auch an die Bundesländer: Es ist unbedingt notwendig, dass die Länder ihrer Investitionspflicht in der pflegerischen Versorgungsstruktur nachkommen – das gilt auch beim Ausbau der Kurzzeitpflege

Belegausgabepflicht verzichtbar

Im Jahr 2016 wurde im Deutschen Bundestag das Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen (sogenanntes Kassengesetz) beschlossen, das am 01.01.2020 in Kraft tritt. Das Gesetz regelt die Einführung von Kassensicherungssystemen und die Belegausgabepflicht.

Kassensysteme müssen bis Oktober 2020 mit einer zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung (TSE) versehen sein, die aus einem Sicherheitsmodul, einem Spei-

chermedium und einer einheitlichen digitalen Schnittstelle besteht. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Geschäftsvorfälle vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet aufgezeichnet werden. Damit ist eine lückenlose Aufzeichnung der Geschäftsvorfälle gewährleistet.

Deshalb kann aus Sicht der Unionsfraktion die Belegausgabepflicht nach § 146a AO gänzlich entfallen. Wir setzen uns dafür ein, zumindest erst einmal eine Fristverlängerung bis zum 30.09.2020 zu gewähren, um eine Änderung der gesetzli-

chen Vorschrift vornehmen zu können.

Denn aus ökologischen Gesichtspunkten erscheint die Belegausgabepflicht nicht sinnvoll. Hier werden, insbesondere bei Thermopapier, unnötige Müllberge produziert, die zudem unnötige Kosten bei den Unternehmerinnen und Unternehmern hervorrufen, die es zu vermeiden gilt. Hier stehen wir in engem Kontakt mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, der bereits sinnvolle Vorschläge unterbreitet hat.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Mein Gefühl nach gestern ist, dass es doch ein konstruktiver Geist ist und der muss sich allerdings jetzt in der Realität zeigen»

(Bayerns Ministerpräsident Markus Söder(CSU) sieht nach dem ersten Treffen des Koalitionsausschusses mit dem neuen SPD-Spitzenduo Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans eine gute Grundlage für den Fortbestand der großen Koalition)

Frohe Weihnachten!

Die vergangenen zehn Jahre waren gute Jahre für unser Land. Die Union hat sie maßgeblich mitgestaltet. Am Ende dieses Jahrzehnts stellen wir fest: Noch nie zuvor waren mit 45,4 Millionen in Deutschland mehr Menschen in Arbeit als im Jahr 2019. Noch nie haben so viele in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Das positive Wirtschaftswachstum seit 2010 hat die Bruttolöhne und die Haushaltseinkommen merklich steigen lassen. Die Renten sind im Westen um 20 Prozent, im Osten sogar um 30 Prozent gestiegen. Das zeigt deutlich: Die beste Rentenpolitik ist gute Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig haben wir die Trendwende geschafft und legen seit 2014 einen ausgeglicheneren Haushalt vor.

Die Bundesmittel für Bildung und Forschung stiegen schon seit 2005 kontinuierlich auf zuletzt 18,3 Milliarden Euro. Deutschland ist heute im internationalen Vergleich eines der stärksten und innovativsten Länder weltweit.

Die Koalition hält auch in anderen Bereichen einen Kurs der Vernunft. Deutschland nimmt mit einem Kraftakt die Klimaziele 2030 in

Angriff – aber ohne die Menschen zu überfordern. Diese Woche haben wir das durch den Bundesrat noch verschärfte Klimapaket auf den Weg gebracht. Diese Gesetze sollen eine gesetzliche Normierung der Klimaziele erlauben, zu deren Einhaltung sich die Bundesregierung



2015 auf dem Klimagipfel von Paris verpflichtet hat. Dabei sollen die Sektorziele des Klimaschutzplanes in jährliche Emissionsbudgets für jeden Sektor übertragen werden. Anpassungen der Emissionsbudgets sollen im Verordnungsweg erfolgen können. Weitere Bestimmungen, etwa über die Kontrolle der Klimaziele, sind ebenfalls Teil des Gesetzespakets.

Wir wollen auch in Zukunft dafür sorgen, dass Deutschland stark und lebenswert bleibt. Es gibt keinen Grund, unser Land schlecht zu reden.

Manche Dinge können wir besser machen, daran wollen wir intensiv arbeiten. Dafür stehen wir als Union, darauf können sich die Menschen in Deutschland verlassen.

Weihnachten steht vor der Tür, und wir alle freuen uns auf die ruhige Zeit zwischen den Jahren und die Feiern im Familien- oder Freundeskreis.

Weihnachten ist ein Fest der Besinnlichkeit, der Zuwendung und des Schenkens. Zwischen



den Jahren haben wir Zeit für uns und die wahren Werte des Lebens. Die großen Entscheidungen des ablaufenden Jahres sind ohnehin gefallen – auch in der Politik. Das Jahr war geprägt von großen

Herausforderungen, die uns auch im kommenden Jahr weiter beschäftigen werden. Es gab manchen Grund zum Feiern und häufig auch Anlass zum Nachdenken.

Nutzen Sie die kommenden Tage, um ein wenig durchzuatmen, Kraft zu tanken, das alte Jahr Revue passieren zu lassen. Feiern Sie in aller Ruhe das Weihnachtsfest mit Ihren Lieben und Nächsten. Ich wünsche Ihnen frohe und geruhige Weihnachtstage sowie alles Gute für das neue Jahr.

Ihr Axel E. Fischer und Team